



Niederschrift

19. Sitzung Hauptausschuss
4. Mai 2021, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Punkt 1 der Tagesordnung: Ergänzende finanzielle Unterstützung der Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH zur Corona-Hilfe des Landes Baden-Württemberg für die Baden-Airpark GmbH

Vorlage: 2021/0521

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die finanzielle Beteiligung der Stadt Karlsruhe in Höhe von 75.010 EUR an der ergänzenden Unterstützung der Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH zur Corona-Hilfe des Landes Baden-Württemberg für die Baden-Airpark GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Bei 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträtinnen und Stadträte mit.

Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf. Es sei gut, dass das Land sich zu diesen Infrastrukturen bekenne und ein Stück weit versuche auszugleichen, was den großen internationalen Flughäfen durch die Bundesrepublik Deutschland gewährt werde, nämlich eine Teilübernahme der Verluste, die durch Corona entstanden seien. Diese Konstruktion des Landes lasse eine etwas merkwürdige Ausklammerung der Flughafengesellschaft als Teilhaber und indirekt damit der Stadt Stuttgart zu. Daher komme der Flughafen an die zugesagten 500.000 Euro nur heran, wenn es entsprechend der Anteile eine hälftige Finanzierung über die entsprechenden Anteilseigner gebe. Er betrachte es nicht als finanzielle Investition in den Flughafen. Durch die städtischen Anteile sehe er eine Stärkung des Wertes des Flughafens und eine Gegenbewegung zur Abwertung durch die Corona-Krise. Werde man sich irgendwann vom Flughafen trennen wollen, werde man Käufer für die Anteile suchen, die man am Flughafen halte. Diese Anteile seien dann werthaltiger, als wenn man das Angebot des Landes nichts annehme.

Der Flughafen investiere in den Gewerbepark, überwiegend in Bereiche, die zwar mit dem Flugbetrieb zu tun hätten, aber auch dem Gewerbepark zugutekämen. In Zukunft werde man noch stärker darauf achten, dass der Flughafen in Infrastruktur investiere, die auch der Gewerbe-parkseite zugutekomme.

Stadtrat Honné (GRÜNE) führt aus, durch Vorlagen in den Kreistagen sei man darauf aufmerksam geworden, dass Karlsruhe einen Zuschuss von 75.000 Euro an den Baden-Airpark zahlen solle. Es handle sich um einen vergleichsweise kleinen Betrag. In der Vorlage werde darauf hingewiesen, dass in diesem Jahr aus dem Gewerbegebiet wahrscheinlich ein Steuerertrag von 117.000 Euro komme, aus welchem dieser Betrag gezahlt werden könne.

Im Moment setze man alle Hebel in Bewegung, um den Klimawandel und die Klimafolgen zu reduzieren. Nun solle man heute einem zusätzlichen Zuschuss für einen Flughafen zustimmen, obwohl Fliegen das umweltschädlichste Fortbewegungsmittel sei. Im wirtschaftlich besten Jahr hatte der Flughafen einen Verlust von fast 4 Mio. Euro. Er verzehre sein Kapital, was durch die Corona-Krise noch beschleunigt werde. Wenn die Bundesregierung ernsthaft den Klimaschutz wahrnehme, werde der Flugbetrieb extrem zurückgehen. Dann sei egal, wie viel man vorher investiert habe. Der Flughafen sei dann nur noch wenig wert und als Flughafen nicht mehr betreibbar, weil nur wenige Flugzeuge flögen. Dann lohne sich die ganze Infrastruktur nicht mehr. Es sei nicht damit getan, ein Klimaschutzkonzept zu verabschieden und dann weiterzumachen wie bisher. Bei jeder Entscheidung müsse man den Klimaschutz mitberücksichtigen. Dazu gehöre auch, dass man diesen Zuschuss nicht geben könne.

Als Alternative müssten die Gebühren für einen Flug stark ansteigen. Trotzdem würden dadurch die Preise für Flugtickets nicht explodieren. Der Flughafen könne damit auf Dauer mehr Einnahmen generieren.

Seine Fraktion werde dem Zuschuss nicht zustimmen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) ist stolz darauf, in der Region Mittlerer Oberrhein eine derartige Infrastruktur zu haben. Dies habe auch Klimarelevanz. Man müsse die Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen. Sie hätten einen gewissen Anspruch auf Mobilität. Der Flughafen in all seiner Bandbreite sei gelebte Wirtschaftsförderung. Die CDU werde immer dabei sein, wenn es darum gehe, diesen Flughafen zu schützen.

Es sei ein Akt der Solidarität, dass man als Kommune einen Beitrag dazu leiste. Dass der Baden-Airpark keine Bundesförderung erhalte, müsse man zur Kenntnis nehmen. Ein gewisser Ausgleich sei dann mehr als gerechtfertigt.

Stadträtin Melchien (SPD) merkt an, Ihre Fraktion stehe zu den Beschlüssen des Karlsruher Gemeinderates, um dem Klimawandel zu begegnen. Allerdings sehe man die vorgelegte Beschlussvorlage rein pragmatisch. Es sei keine Entscheidung pro oder kontra Flughafen. Es sei eine Ausnahmesituation, ein einmaliger Beschluss. Prinzipiell würden mehr Mittel zurückfließen, als man jetzt bereit sei zu zahlen. Ihre Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) stellt fest, es gehe nicht um die 75.000 Euro. Es gehe vielmehr darum, ein politisches Signal zu setzen. Er appelliere an den Herrn Oberbürgermeister, es liege an ihm, ob man Ernst mache mit dem Klimaschutz. Es habe nichts mit Pragmatismus zu tun, wenn

man heute den 75.000 Euro zustimme. Seiner Ansicht nach hätte es etwas mit Pragmatismus zu tun, wenn man dies zum Anlass nehme, um nach außen zu signalisieren, dass man als Stadt mittel- bis langfristig den Ausstieg aus dem Baden-Airpark wolle.

Das angesprochene Gewerbegebiet habe mit dem Flugplatz nichts zu tun. Seit Jahren werde es als Argumentationshilfe vorgeschoben, weil man für den Flugbetrieb allein keine schlüssigen Argumente mehr habe. Wenn die Fraktion der SPD heute als politisches Signal diese 75.000 Euro nicht mittragen würde, wäre dies ein gutes Signal in die Öffentlichkeit, ein gutes Signal an die junge Generation.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) bekennt, man habe eine Verantwortung für die Menschen in dieser Region. In vielen anderen Bereichen gebe man Zuschüsse an Betriebe, die von Corona betroffen seien. Man mache dies, weil es wichtig sei, dass die Menschen in dieser Stadt und dieser Region eine Zukunft hätten. Dann könne man hier keine Ausnahme machen. Daraus eine Grundsatzfrage zu machen und damit einen wichtigen Arbeitgeber in der Region plattmachen zu wollen, werde die Mehrheit der Bürger nicht verstehen. Man müsse sicherstellen, dass die jungen Menschen auch nach der Corona-Krise noch Arbeit in der Region fänden. Daher stimme seine Fraktion dafür.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) hält es für falsch, die Aufrechterhaltung eines Flughafens auf die Sicherung von Arbeitsplätzen zu reduzieren. Auch die Aussage, dass man stolz sei auf die vorhandene Infrastruktur könne er nicht teilen. Wenn man wolle, dass die Menschen ihr Mobilitätsverhalten ändern, sei es falsch, einen Regionalflughafen vorzuhalten. Im Haushalt habe man viele Einsparungen beschlossen, und jetzt leiste man einen Zuschuss von 75.000 Euro, zu dem man nicht verpflichtet sei. Dies könne man den Bürgern nur schwer erklären.

Es gehe um eine Grundsatzentscheidung. Seine Fraktion werde nicht zustimmen. Wenn man die Klimaschutzziele ernst nehme, müsse man heute eigentlich ein Signal setzen, dass man mittelfristig aus diesem Regionalflughafen aussteigen wolle.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) meint, der Betrag von 75.000 Euro sei nicht geeignet, grundsätzlich darüber zu diskutieren. Es sei ein Signal an die Region, dass man sich auf die Stadt Karlsruhe verlassen könne. Wenn man über klimatische Auswirkungen von Flugverkehr reden wolle, müsse man dies an anderer Stelle tun. Werde sich der Flughafen nicht mehr rentieren, müsse man sowieso diese Diskussion führen. Man dürfe es aber nicht an diesem Betrag festmachen.

Stadtrat Hock (FDP) macht deutlich, wenn hier Vergleiche aufgerufen würden, müsse man sich auch die Schifffahrt auf den Weltmeeren ansehen. Dort würden noch viel mehr Schadstoffe ausgestoßen. Wenn man sehe, wie viele Betriebe bereits in die Region Stuttgart abgewandert seien, weil nach deren Aussage die Erreichbarkeit hier in unserer Region schwierig sei, dann habe man diesen Flughafen an einer wichtigen Position. Dabei sollte es auch bleiben. Wenn man für Arbeitgeber attraktiv bleiben wolle, dann müsse es möglich sein, dass die Unternehmen in dieser Region gut über die Bahn, mit dem Auto und mit dem Flugzeug zu erreichen seien. Seine Fraktion werde klar für die vielen Arbeitsplätze in dieser Region kämpfen. Man stehe zu diesem Flughafen. Es gehe nicht um die 75.000 Euro. Es gehe um eine Ausrichtung für die Region und für die Menschen hier. Seine Fraktion werde heute zustimmen.

Der Vorsitzende bittet darum, grundsätzlich zu akzeptieren, dass man hier in einer Verantwortung sei, die verschiedene Rollen aufzwingt. Es gehe nicht darum, ob man politisch ein Klimaschutzler sei, sondern es gehe darum, ob man seiner Verantwortung für eine städtische Beteiligung an einem Projekt gerecht werde. In keiner Vereinbarung stehe, dass man den Flughafen in den nächsten fünf Jahren „zu Tode reite“. In der Vereinbarung stehe, dass man sich nach fünf Jahren überlege, ob man aus dem Flughafen aussteige. Das bedeute, dass man dann diese Sache jemandem anderes übertrage. Der Flughafen sei nicht weg, nur weil man aussteige. Dann führe der Zuschuss des Landes, um den es heute gehe, den man auch nur erhalte, wenn man die 75.000 Euro bereitstelle, dazu, dass man eine höhere Werthaltigkeit habe. Man bekenne sich damit zur Verantwortung, die man noch mindestens fünf Jahre habe. Auch habe man geklärt, dass es keine Fortsetzung dieser Eigenkapitalaufstockung geben werde, wie man es viele Jahre getan habe. Man habe hier eine grün geführte Landesregierung, ein grünes Verkehrsministerium, welches kein Angebot mache, wie man sich vom Flugverkehr verabschiede, sondern wie man den Flughafen retten könne. Weder sei es ein Betrag, der auf Dauer diesen Flughafen absichern werde, noch könne man es als schwerwiegende Sünde an der Klimapolitik bezeichnen. Es sei die Verantwortungsübernahme aus dieser Rolle heraus.

Er sei sofort für eine völlig andere gesamtpolitische Ausrichtung. Dann müsse das aber auf einer Grundsatzentscheidung hier im Gemeinderat beruhen oder auf einer Entscheidung auf höheren politischen Ebenen. Er befürchte, dass man es auch die nächsten fünf Jahre nicht mit der Unterstützung von Landes- und Bundespolitik zu tun habe, die einen wirklich in die Lage versetze, eine angemessene Klimaschutzpolitik durchzuziehen. Aus seiner Sicht könne dies aber nicht dazu führen, aus der Verantwortung herauszutreten und eine Entscheidung zu fällen, die nur minimalen symbolischen Wert habe, aber letztlich der Beteiligung an dem Unternehmen schade.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt mehrheitliche Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
6. Mai 2021